

Ralph Brinkhaus

- (A) Es wäre wirklich gut, meine Damen und Herren, wenn wir es schaffen würden, diese Aufgabe gemeinsam zu bewältigen.

Ich möchte zum Schluss noch einen Aspekt ergänzen. Ich habe am Anfang meiner Ausführungen **Kritik an den Banken** geübt. Bei aller Kritik an den Banken: Wir stehen zu unseren Banken in Deutschland, zu den kleinen, die in der Fläche tätig sind, aber auch zu den Großbanken. Die deutsche Exportwirtschaft braucht große Banken, die sie international begleiten. Wir sollten das nicht Banken aus anderen Ländern überlassen. Eines ist aber auch klar: Wir als Politik stoßen mit unseren Aufsichts- und Regulierungsmaßnahmen, mit unseren Systemvorschlägen an Grenzen, wenn sie nicht mit einer neuen Kultur der Verantwortung im Bankenbereich einhergehen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese, meine Damen und Herren, ist bisher leider viel zu wenig ersichtlich. Vielleicht wäre ein Vorschlag, dass Bankvorstände mit ihrem persönlichen Vermögen für ihr Tun haften, so wie es bei Freiberuflern üblich ist.

(Beifall des Abg. Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eines ist wichtig: Die deutsche Kreditwirtschaft ist aufgefordert, mehr zu tun, national, aber auch in internationalen Gremien, um das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen, um eine Wiederholung der Krise aus dem Herbst 2008 wirklich zu einem sehr unwahrscheinlichen Ereignis werden zu lassen. Die Zeit dafür drängt. Ganz ehrlich: Wir können uns nicht leisten, dass noch einmal das passiert, was damals passiert ist, denn dann sind wir alle weg.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/526, 17/527 und 17/518 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe: Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 20:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Dr. Axel Troost, Richard Pitterle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Vermögensteuer als Millionärsteuer wieder erheben

– Drucksache 17/453 –

Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss (f)
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich sehe:

- (C) Sie sind damit einverstanden. Dann können wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner in der Debatte hat der Kollege Harald Koch für die Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Harald Koch (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer! Ich habe es bei meiner Arbeit als stellvertretender Landrat viele Jahre hautnah erlebt: Nicht nur den Kommunen steht das Wasser finanziell immer öfter bis zum Hals; auch viele Menschen können sich, wenn überhaupt, gerade mal das Allernötigste zum Leben leisten, während andere in Luxus schwelgen. 10 Prozent der Bevölkerung besitzen hierzulande 61 Prozent des Vermögens. 70 Prozent der Bevölkerung teilen sich nur 9 Prozent des Vermögens.

Konkret spüren das immer mehr Menschen. Die Schere zwischen Arm und Reich geht drastisch weiter auseinander. Dass Kinder heute von der Schule in Hartz-IV-Lebensläufe gehen, ist ein Skandal.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung in vielen Ländern ist eine zentrale Ursache der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Diejenigen, die über große Vermögen verfügen, geben es ja nicht aus. Die Binnennachfrage wird durch sie kaum gestärkt. Stattdessen fördert die Vermögenskonzentration Spekulationen und eine übertriebene Renditeerwartung.

Um die aktuelle Krise zu bewältigen und die in Mitleidenschaft gezogenen öffentlichen Haushalte sowie die Nachfrage zu stärken, fordert die Linke, genau diejenigen an der Deckung der Krisenkosten zu beteiligen, die von der Zockerei auf den Finanzmärkten am meisten profitiert haben und noch profitieren.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ein deshalb überfälliger Schritt ist aus Sicht der Linken, die Vermögensteuer als eine Millionärsteuer wieder einzuführen. Zum Vermögen zählen wir in unserem Antrag die Gesamtheit privater Geldvermögen und der Verkehrswerte der privaten Immobilien- und Sachvermögen. Private Kredite werden abgezogen. Nur das oberhalb von 1 Million Euro liegende Nettovermögen einer Person soll mit 5 Prozent versteuert werden. Angesichts dessen, dass 1 Million Euro steuerfrei bleiben soll, kann nun wahrlich niemand behaupten, die Linke wolle Vermögende armmachen.

Die Vermögensteuer übt eine Finanzierungs- und Umverteilungsfunktion aus, weil nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert wird, die sich durch Vermögen nun einmal erhöht. Wer die derzeitige Krise und die wachsende Armut bekämpfen will, muss eben Reichtum begrenzen.

(D)

Harald Koch

(A) (Beifall bei der LINKEN)

Die Länder und Kommunen pfeifen finanziell auf dem letzten Loch. Das sollten auch die Vertreter der Koalition einmal zur Kenntnis nehmen. In dieser Situation wollen Sie, die Mitglieder der Koalition, die mit der Einführung einer Vermögensteuer verbundenen Möglichkeiten nicht nutzen? Wir, die Linke, gehen davon aus, dass durch die Erhebung einer Vermögensteuer langfristig pro Jahr bis zu 80 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nehmen Sie doch dieses Geld. Das ist besser, als es nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen noch stärker als bisher Normal- und Geringverdienenden, Rentnerinnen und Rentnern sowie sozial Benachteiligten aus der Tasche zu ziehen, was wir alle erwarten.

(Karl Schiewerling [CDU/CSU]: Ich erwarte das nicht!)

– Glauben Sie mir ruhig.

Wir brauchen eine deutliche Umverteilung von oben nach unten. Reiche und Superreiche müssen aus guten Gründen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen und an ihre soziale Verantwortung erinnert werden. In Art. 14 Abs. 2 unser aller Grundgesetzes heißt es:

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(Beifall bei der LINKEN)

(B) Liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb, halten Sie sich doch ganz einfach ans Grundgesetz.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege Koch, das war Ihre erste Rede in diesem Haus. Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich dazu, verbunden mit den besten Wünschen für Ihre weitere Arbeit.

(Beifall)

Nun hat das Wort der Kollege Christian von Stetten für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Christian Freiherr von Stetten (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bitte, nehmen Sie bequem Platz und streichen Sie sich diesen Tag dick in Ihrem Kalender an; denn heute will uns die Linke in einer eigentlich völlig überflüssigen Debatte mit einem dreiseitigen Antrag erklären, wie sie die Haushaltsprobleme aller 16 Bundesländer lösen will. Ich gehe davon aus, dass die Vermögensteuer als Ländersteuer wieder eingeführt werden soll. Die Linke geht von zusätzlichen Steuereinnahmen in Höhe von 80 Milliarden Euro aus – dieses Geld soll zusätzlich von den Ländern kassiert werden –, und das bei einem Steuersatz von

5 Prozent, was fast einer Enteignung gleicht. Sie wollen uns mit Ihrem dreiseitigen Antrag weismachen, dass so alle Haushaltsprobleme gelöst werden können. (C)

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält es für selbstverständlich, dass starke Schultern generell mehr als schwache Schultern tragen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das tun sie auch schon!)

Diese Auffassung hat sie übrigens nicht nur mit Beginn der Krise vertreten, sondern auch schon vorher. Der sozialpolitischen Verantwortung wird man in Deutschland durch die Progression der Einkommensteuer gerecht. 10 Prozent der großen Vermögen tragen heute rund 54 Prozent der gesamten Einkommensteuerlast. Die oberen 50 Prozent der Einkommen tragen insgesamt über 94 Prozent der kompletten Einkommensteuerlast.

Wenn die Linke angesichts dessen von einer sozialpolitischen Schiefelage spricht, dann muss man festhalten, dass sie die Realität in Deutschland nicht erkannt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Widerspruch bei der LINKEN – Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Mit Hungerlöhnen kann man nicht einmal Steuern zahlen!)

Sie, meine Damen und Herren von der Linken, wollen die Bundesländer durch die Einführung dieser Steuer verpflichten, zusätzlich 80 Milliarden Euro – wohlge- merkt: jährlich und nicht einmalig – einzuziehen, obwohl die Länder im letzten Jahr insgesamt nur Steuern in Höhe von 16 Milliarden Euro eingezogen haben. Mit dem Antrag, den Sie hier einbringen, würde also eine Verfünfachung des Betrages einhergehen, den die Länder bisher selber an Steuern einziehen. In den 16 Milliarden Euro eingeschlossen sind übrigens schon die umstrittenen Erbschaftsteuern, die Lotteriesteuern und auch die Grunderwerbsteuern. Sie wollen also die Steuern, die die Länder einziehen, auf insgesamt 86 Milliarden Euro erhöhen. Ich frage mich schon, in welchem Land Sie leben. Sie betreiben – das zeigen Sie wieder einmal sehr deutlich – eine Politik des Neides, des Klassenkampfes und jetzt auch noch der Enteignung. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Widerspruch bei der LINKEN)

Sie haben den Bezug zur Realität völlig verloren.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Nein, Sie!)

Schauen wir uns einmal den Inhalt Ihres Antrags an. Vom Vorredner haben wir dazu ja nicht allzu viel gehört. Sie fordern, dass auf das private Geldvermögen, die Verkehrswerte aller privaten Immobilien- und Sachvermögen nach Abzug eines Freibetrages jährlich ein Steuersatz in Höhe von 5 Prozent erhoben wird. Diese Maßnahme ist konjunkturpolitisch völlig falsch und fördert sicherlich nicht private Investitionen, sondern sorgt für das Gegenteil.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1995, mit dem die damalige Besteuerung von Vermögens- und Betriebswerten für verfassungswidrig erklärt wurde, ist

Christian Freiherr von Stetten

- (A) angesprochen worden. Deshalb wird seit 1997 keine Vermögensteuer mehr erhoben. Damit stehen wir auch nicht allein da. Zahlreiche andere europäische Länder haben zu dieser Zeit auch die Vermögensteuer abgeschafft, und das aus gutem Grund. Die Vermögensteuer ist nämlich eine reine Substanzsteuer. Sie fällt auch an, wenn der Betroffene in einem Jahr überhaupt kein Einkommen hat. Sie fällt sogar an, wenn der Betroffene in einem Jahr die Hälfte seines Vermögens verliert. Selbst dann schnappt die Steuerfalle zu.

(Zurufe von der LINKEN)

Substanzsteuern sind Gift für unser Land und auch für die Betroffenen. Deshalb haben auch viele unserer Nachbarländer aus gutem Grund keine Vermögensteuer.

(Nicolette Kressl [SPD]: Wohl den OECD-Bericht nicht gelesen!)

Das, was Sie heute in den Bundestag einbringen, ist nicht nur ideologisch falsch, sondern stellt auch eine volkswirtschaftliche Geisterfahrt dar. Sie würden doch nicht die Vermögenden treffen, wie Sie in Ihrem Antrag schreiben, sondern Sie würden vielfach gerade Mieter treffen.

(Zuruf von der LINKEN: Was?)

– Wir können uns gerne den Antrag näher anschauen und auf den Punkt kommen.

- (B) Schauen wir uns einmal an, was noch im Antrag steht. Sie wollen die privaten Geldvermögen und die Verkehrswerte der privaten Immobilienvermögen und der privaten Sachvermögen mit 5 Prozent besteuern. Zu Betriebsvermögen und zu land- und forstwirtschaftlichem Besitz habe ich übrigens nichts gelesen. Offenbar lassen Sie beides außen vor. Dass das mit dem Spruch des Verfassungsgerichts zur Erbschaftsteuer vereinbar wäre, kann ich mir nicht vorstellen. Noch vor zwei Monaten haben Sie uns übrigens von dieser Stelle hier angegangen, weil wir bei der Erbschaftsteuer für bestimmte Betriebsvermögen Freibeträge eingeführt haben, hier also auch nicht alles der Steuerpflicht unterworfen haben. Damals haben Sie versucht, uns klarzumachen, dass eine ganzheitliche Besteuerung gesichert sein muss. Jetzt erwähnen Sie in Ihrem Antrag weder Betriebsvermögen noch land- und forstwirtschaftlichen Besitz. Ich glaube, das Bundesverfassungsgericht würde da nicht mitmachen.

Die Steuer soll stichtagsbezogen eingeführt werden. Nachdem Sie bestimmte Vermögensformen außen vor lassen und nicht besteuern, können Sie doch nicht im Ernst glauben, dass bei einer Substanzbesteuerung der anderen Vermögen in Höhe von 5 Prozent auch nur ein einziger der Betroffenen nicht reagiert und vor dem Stichtag sein belastetes Vermögen nicht in unbelastetes Vermögen umschichtet. Es ist weltfremd, zu glauben, dass hier nicht reagiert wird.

Jetzt kommen wir zu der Frage, wie sich Ihr Vorhaben auf den deutschen Wohnungsmarkt auswirken würde. Ich behaupte, dass Sie mit einer jährlich fälligen Vermögensteuer in Höhe von 5 Prozent den Wohnungsmarkt in Deutschland zerstören würden.

(Zuruf von der FDP: Das wollen die doch!) (C)

Nehmen wir als Beispiel einmal einen sehr vermögenden Immobilienbesitzer, der eine Rendite auf den Verkehrswert seines Besitzes von 3 bis 4,5 Prozent erzielt. Zusätzlich zu allen Ertragsteuern muss er jetzt noch 5 Prozent Steuern auf das Vermögen zahlen. Bei einer Rendite von 4 Prozent eine Substanzsteuer von 5 Prozent! Das kann nur ein vorgezogener Faschingsscherz sein, meine Damen und Herren.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Das ist Enteignung!)

Das ist völlig unglaubwürdig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn man es nun ernst nimmt, dass den Immobilienbesitzern durch diese Steuer jährlich gleichsam 5 Prozent ihres Vermögens weggenommen werden sollen, dann ist doch völlig klar, dass diese versuchen werden, ihre Immobilien sobald wie möglich zu verkaufen. Ob er einen Käufer finden wird, ist zweifelhaft. Wer kauft schon ein Renditeobjekt mit 4 Prozent Rendite, wenn er 5 Prozent Steuern zahlen muss? Ob er Einnahmen hat oder nicht, ist dabei völlig egal. Wenn er niemanden findet, der die Immobilie kauft, wird er dafür sorgen, dass die Belastung auf die Mieter abgewälzt wird,

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Genau so ist das!)

die dann mit hohen Mieterhöhungen rechnen können. Damit wir wissen, wovon wir reden: Bei einer Refinanzierung der Vermögensteuer in Höhe von 5 Prozent bedeutet das eine glatte Verdoppelung der heutigen Mieten. (D)

Das ist nicht die Sozialpolitik, die die CDU/CSU-Fraktion sich vorstellt. Sie sollten sich schämen, hier solche Anträge einzubringen,

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Genau! Schämt euch!)

durch die die Mieter nur belastet würden. Wir wollen, dass auch in Zukunft billiger Wohnraum in Deutschland zur Verfügung gestellt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zusätzlich würde es auch ein bürokratisches Monster. Wir können uns vorstellen, was bei einer Bewertung herauskäme. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Kosten für die Erhebung der Vermögensteuer ein Drittel des Aufkommens – das ist ausreichend untersucht worden – verschlungen haben.

(Nicolette Kressl [SPD]: Das ist nicht mehr wahr! – Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Das war vor der Neuregelung der Erbschaftsteuer! Jetzt haben wir eine Neubewertung!)

Jetzt haben wir ein neues Bewertungsgesetz und klare Regeln des Bundesverfassungsgerichts. Sie glauben doch nicht, dass es damit günstiger wird. Das Gegenteil wird der Fall sein. Bei der Erbschaftsteuer ist es vielleicht gerade noch zumutbar, dass alle 30 Jahre ein umständliches und teures Bewertungsverfahren durchgeführt wird. Bei der Vermögensteuer wollen Sie es aber

Christian Freiherr von Stetten

- (A) jährlich stichtagsbezogen, zum 31. Dezember, durchführen.

Nach Maßgabe des Bundesverfassungsgerichts müssen Sie die Vermögen erst einmal alle erfassen. Dann können Sie entscheiden, welche Bereiche Sie aus der Vermögensteuer herausnehmen oder welche Freibeträge Sie festlegen. Wenn Sie alle privaten Vermögen in Deutschland jährlich erfassen und dann Freibeträge festlegen wollen, wünsche ich Ihnen viel Erfolg.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Das ging doch bis 1996!)

Dann kommen Sie weit über die Kosten in Höhe von einem Drittel.

Auf jeden Fall wird dieser Vorschlag nicht dazu beitragen, dass weiterhin in Deutschland investiert wird. Im Gegenteil: Es wird eine Flucht ins steuerbefreite Ausland stattfinden. Die Folgen der Erbschaftsteuer und der Vermögensteuer sind die gleichen, mit fatalen Auswirkungen nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die vielen Arbeitnehmer, die in den Familienbetrieben arbeiten. Auch das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Das Einzige, was hilft, ist Mauern bauen! Damit kennen sie sich aus!)

Dieser von den Kommunisten in den Bundestag eingebrachte Antrag ist verfassungswidrig.

- (B) (Widerspruch bei der LINKEN)

– Da brauchen Sie sich nicht aufzuregen; das Wort „Kommunisten“ darf in diesem Zusammenhang durchaus gebraucht werden. Ich sehe Sahra Wagenknecht, die den Antrag mit unterschrieben hat. Auf ihrer Homepage wird darauf hingewiesen, dass sie die Sprecherin der Kommunistischen Plattform ist. Wenn Sie sich jetzt von dem Gedankengut der Kommunistischen Plattform distanzieren, dann nehme ich alles zurück. Aber wer dieses Gedankengut vertritt, darf sicher Kommunist genannt werden. Ich bin gerne bereit, Ihre Belehrungen entgegenzunehmen.

(Zuruf der Abg. Dr. Barbara Höll [DIE LINKE])

Ich kann Sie, Gregor Gysi und Ihre Fraktion, nur bitten, diesen Antrag zur Einführung einer Vermögensteuer in Höhe von 5 Prozent zurückzuziehen. Er ist volkswirtschaftlicher Irrsinn. Ansonsten sagen Sie den Bürgern, was Teile Ihrer Fraktion wirklich wollen. Wenn Sie wollen, dass erfolgreiche Bürger in unserem Land enteignet werden, dann können Sie das offen aussprechen. Allein aufgrund der von Ihnen geschätzten 80 Milliarden Euro Einnahmen ist das mit uns auf keinen Fall zu machen. Deswegen kann ich Ihnen nur empfehlen: Ziehen Sie diesen Antrag zurück!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Nicolette Kressl für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Nicolette Kressl (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr von Stetten, ich finde, ein bisschen weniger Ideologie und Panikmache hätte der ernsthaften Auseinandersetzung mit der Sache gutgetan. Ich fand es nicht ganz angemessen, was Sie heute hier gemacht haben.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Bei 80 Milliarden muss man aufpassen!)

Es war vor allem deshalb nicht angemessen, weil die Menschen zu Recht von uns verlangen, dass wir uns mit Fragen bezüglich der Steuersysteme in aller Ruhe und fachlich auseinandersetzen. Steuersysteme werden – das müssen wir uns immer wieder klarmachen – von Menschen nur dann akzeptiert, wenn sie das Gefühl haben, dass es gerecht zugeht und dass Lasten fair verteilt werden. Nur dann wird das Zahlen von Steuern, die wir brauchen, um zum Beispiel die Bildungschancen zu erhöhen, akzeptiert. Ich bin davon überzeugt, dass die Auseinandersetzung über die Frage, ob Lasten fair verteilt werden, auch über das Steuersystem, gerade jetzt, in den Zeiten der Finanzmarktkrise, wichtiger denn je ist.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens sind die Überlegungen hinsichtlich fairer Lastenverteilung, Privilegien und Beteiligung an der Finanzierung des Allgemeinwohls nicht neu. Die Behauptung im Antrag der Linken, dass diese Fragen in den letzten Jahren nicht berücksichtigt worden seien, ist wirklich hanebüchen. Sowohl in den Zeiten der Regierung von Gerhard Schröder zusammen mit den Grünen als auch in Zeiten der Großen Koalition gab es immer wieder Abwägungen und wurden immer wieder Entlastungen auf der einen Seite mit Verschärfungen und Belastungen auf der anderen Seite verbunden. Ich will Ihnen dazu drei Beispiele nennen: Wenn Sie in Ihrem Antrag auf die Senkung des Spitzensteuersatzes hinweisen, dann sollten Sie wirklich nicht verschweigen, dass es die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung war, die zusammen mit den beiden Fraktionen dafür gesorgt hat, dass der Eingangssteuersatz so deutlich gesenkt worden ist wie nie zuvor in den letzten Jahren.

(Beifall bei der SPD)

Es war die gemeinsame Regierung der Grünen und der SPD, die dafür gesorgt hat, dass es eine Mindestbesteuerung gab und ein Herunterrechnen auf null nicht mehr möglich war.

(Beifall bei der SPD)

Auch das kommt in Ihrer Analyse nicht vor. Das halte ich für einen sträflichen Fehler. Es war die Große Koalition, die bei der letzten Unternehmensteuerreform dafür gesorgt hat, dass die Entlastung bei den Steuersätzen mit

(C)

(D)

Nicolette Kressl

- (A) deutlichen Einschränkungen bei den Gestaltungsmöglichkeiten verbunden war. Wir haben sehr viele Schlupflöcher geschlossen. Wir haben immer auf Ausgewogenheit in diesem Bereich geachtet.

(Beifall bei der SPD)

Wir erleben jetzt allerdings, dass auf Ausgewogenheit keinen Wert mehr gelegt wird und dass Schlupflöcher verschämt wieder geöffnet werden. Um ein Bild zu gebrauchen: Dieser Pullover wird Stück für Stück von der schwarz-gelben Regierung und der Koalition wieder aufgeribbelt. Von Ausgewogenheit kann jetzt natürlich keine Rede mehr sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich empfehle Ihnen dringend, Ihre Wünsche nicht in Umdrucken zu Gesetzentwürfen zu verstecken, sondern einen Gesetzentwurf vorzulegen, den Sie Entwurf eines Wunscherfüllungsgesetzes nennen. Das ist nämlich die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zur Lastenverteilung zurück. Herr von Stetten, Sie sollten einen kurzen Blick auf die Fakten, die uns die OECD liefert, werfen. Die Vergleiche, die Sie bei der Belastung durch die Einkommensteuer angestellt haben, können überhaupt nicht gezogen werden. Sie sprechen die Substanzbesteuerung überhaupt nicht an. Ich weiß auch, warum; denn wenn wir uns die Daten anschauen, die im November 2009 von der OECD gekommen sind, dann sehen wir, dass Deutschland deutlich weniger durch die Substanzbesteuerung einnimmt als fast alle anderen Staaten. Es handelt sich nämlich um nur 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, während der OECD-Durchschnitt bei 1,9 Prozent liegt. Verstecken Sie sich also nicht hinter irgendwelchen Einkommensteuerstatistiken. Das ist eine ganz andere Art von Besteuerung.

- (B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte den OECD-Bericht zitieren: „Nur Mexiko, Tschechien, Ungarn und die Slowakei ... sowie Österreich erzielen weniger Einnahmen aus dieser Steuerart.“ Dass das unsere Benchmark in dem Bereich sein soll, glauben wir nicht wirklich.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet für uns Sozialdemokraten, dass eine Vermögensteuer sehr wohl ein Instrument zur fairen Besteuerung sein kann. Ich will betonen: *ein* Instrument. Die im Antrag der Linken genannten 5 Prozent jährlich und der Versuch, alle Finanzierungsprobleme damit zu lösen, halte ich für absurd. Wir müssen bestimmte Rahmenbedingungen beachten. Wir dürfen keine Substanzbesteuerung vornehmen, die zu einer Verminderung von Vermögen führt.

(Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]:
Da sind wir uns einig!)

(C) Es geht nicht darum, Vermögen wegzunehmen, sondern es geht um einen fairen Beitrag der Vermögenden bei der Verteilung von Steuerlasten. Das kann man nicht mit ideologischen Argumenten zurückweisen, wie Sie, Herr von Stetten, es getan haben, sondern damit muss man sich ernsthaft auseinandersetzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen im Übrigen auch wahrnehmen, dass sich die Rahmenbedingungen verändert haben. Erstens. Der Halbteilungsgrundsatz, der sehr lange gegolten hat, gilt aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts so nicht mehr. Das heißt, diese Rahmenbedingung hat sich deutlich verändert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens. Auch die Reform der Erbschaftsteuer hat die Rahmenbedingungen verändert. Diese Belastungen, die früher im Rahmen einer Panikmache als Verwaltungskosten bezeichnet wurden, werden so nicht mehr anfallen, weil wir aufgrund entsprechender Bewertungsgesetze jetzt andere Ausgangsmöglichkeiten haben. Das sollte man nicht wegdrücken. Wenn sich Rahmenbedingungen verändern, dann sollte man über die eigene Position ruhig einmal nachdenken. Ich finde, zu einer verantwortungsbewussten Politik gehört, nicht immer wieder die alten Geschichten zu erzählen, die schon lange nicht mehr wahr sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) Ich will darauf hinweisen, dass sich natürlich auch die **gesellschaftlichen Rahmenbedingungen** geändert haben. Wir wissen mehr denn je, wie wichtig Bildung nicht nur für unsere Kinder und die Schaffung von sozialer Gerechtigkeit, sondern auch für unseren wirtschaftspolitischen Erfolg ist. Das Aufkommen aus einer Vermögensteuer könnte dazu beitragen, dass die Länder Bildung besser finanzieren können. Die Zeit der Bildungsgipfel haben wir erlebt. Da wurde nur zu Papier gebracht, was man eigentlich tun müsste, und über Finanzierungsinstrumente wurde nicht ernsthaft geredet. Ich finde, es ist die Zeit der Bildungsgipfel *und* die Zeit, konsequent über Finanzierungsmöglichkeiten zu sprechen und in der Gesetzgebung entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin davon überzeugt, dass es sich lohnt, im Rahmen eines Gesamtkonzepts über eine sinnvolle Besteuerung von sehr hohen Vermögen nachzudenken und die Vermögensteuer als ein mögliches Instrument auf den Weg zu bringen.

Ich sage es noch einmal – ich habe es vorhin schon erwähnt –: Im vorliegenden Antrag wurde alles richtig hingeschnuddelt; ich muss es so sagen. Mit einem Steuersatz von 5 Prozent will man weit in die Substanz hineingehen. Auch andere Dinge wurden hingeschnuddelt. Das kann keine Grundlage für eine seriöse Auseinandersetzung mit dieser Frage sein. Für uns Sozialdemokraten ist klar, dass, wenn jemand sein Vermögen für die Schaffung von Arbeitsplätzen einsetzt, dies selbst-

Nicolette Kressl

- (A) verständlich berücksichtigt werden muss. Es geht nicht um Neid, sondern um eine faire Verteilung von Lasten und Chancen in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir werden diese Punkte im Rahmen eines steuerlichen Gesamtkonzepts – dahin gehört es nämlich – aufgreifen und die Einführung einer Vermögensteuer einfügen. Ich hoffe, dass wir dann zu einer seriöseren Diskussion kommen, als wir sie gerade erlebt haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Volker Wissing von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Dr. Volker Wissing (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die linke Seite dieses Hauses ist sich offensichtlich sehr einig. Sie will jetzt ganz schnell eine Vermögensteuer in Deutschland einführen. Die Linkspartei hat uns einen Antrag vorgelegt, der, wie ich finde, nur als Faschingscherz zu bezeichnen ist; Frau Kollegin Kressl hat das ein bisschen untermauert. Was Sie da vorhaben, können Sie nicht ernst meinen. Das kann man nur fordern, wenn man sicher ist, dass man nie die Verantwortung dafür bekommt, so einen Unsinn umsetzen zu müssen. Es ist schlicht und einfach nicht machbar, was Sie da fordern.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die SPD ist eine große Anhängerin der Vermögensteuer, und zwar immer dann, wenn sie die Regierungsverantwortung verloren hat.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP)

Ihre Partei hat elf Jahre lang den Bundesminister der Finanzen gestellt. Zu uns hat gerade die ehemalige Staatssekretärin aus dem Bundesministerium der Finanzen gesprochen und uns, nachdem all das nach elf Jahren Verantwortung der Sozialdemokraten nicht gemacht worden ist, erklärt, dass das für Deutschland dringend notwendig sei. Wie kann man sich das erklären?

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Nicolette Kressl [SPD]: Weil sich die Rahmenbedingungen verändert haben! Sie haben nicht zugehört!)

Wir sind der Meinung, dass in Deutschland Erträge gerecht besteuert werden sollen. Wer höhere Erträge hat, der soll auch einen höheren Anteil finanzieren und höhere Steuern zahlen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das ist ja schon so!)

Das ist unsere Auffassung. Wie kommt man zu höheren Erträgen? Man erzielt höhere Erträge, indem man eine wachstumsorientierte Politik macht, damit die Unternehmen auf der Grundlage ihrer Vermögenswerte etwas erwirtschaften können, Arbeitsplätze entstehen können und der Staat die Gewinne angemessen und gerecht besteuern kann. (C)

Wieso fordern Sie jetzt etwas völlig anderes, als Sie in der Regierungsverantwortung gemacht haben? Ich erkläre mir das so: Sie haben es in diesen elf Jahren nicht geschafft, eine **wachstumsorientierte Politik** umzusetzen.

(Ute Kumpf [SPD]: Au, das tut aber sehr, sehr weh, Herr Wissing, was Sie da gerade erzählen! So viel Verblendetes! – Joachim Poß [SPD]: Alles Erblast!)

Jetzt glauben Sie, Wachstum sei nicht mehr möglich und man könne den Staat nur noch über eine Substanzbesteuerung finanzieren. Ich sage Ihnen: Man kann eine wachstumsorientierte Politik machen. Die christlich-liberale Koalition wird dies tun. Wir bleiben bei der Ertragsbesteuerung, weil wir an die Kraft dieses Landes glauben. Sie haben dieses Land offensichtlich aufgegeben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Die Linksfraktion fordert eine Besteuerung der Substanz mit einem Steuersatz von 5 Prozent. Sie sagt, das sei ganz einfach. Aber Sie legen keine konkreten Vorschläge vor, die man tatsächlich umsetzen könnte. (D)

Sie werfen mehr Fragen auf, als Sie beantworten. Welches Vermögen wollen Sie konkret besteuern? Nur Geldwerte oder auch Sachwerte? Ist Opel für Sie ebenfalls ein Millionär? Soll auch dieses Vermögen besteuert werden? Wollen Sie die Industrie ausnehmen und nur die kleinen, mittelständischen Betriebe besteuern? Was genau haben Sie vor? Ist auch eine landwirtschaftliche Fläche ein Sachwert? Wollen Sie die ebenfalls besteuern? Wollen Sie den Bauern in Deutschland jedes Jahr 5 Prozent des Verkehrswertes ihres landwirtschaftlichen Vermögens abnehmen? Haben Sie das vor? Dann sagen Sie das konkret. Dann reden wir darüber. Dann reden wir auch über die Auswirkungen einer solchen Politik für unser Land. Aber einfach einen Antrag vorzulegen, in dem gefordert wird, dass 5 Prozent der Vermögenssubstanz von Millionären besteuert werden sollen, damit seien die Probleme unseres Landes gelöst, das ist, ich glaube, eine Ebene, auf der wir nicht wirklich sachlich diskutieren können.

(Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: 1 Prozent Ertrag und 5 Prozent Steuern! – Joachim Poß [SPD]: Das ist ja ähnlich wie bei der FDP, die will ja auch mit drei Steuern alle Probleme des Landes lösen!)

Die Probleme des Landes sind viel zu groß, um eine derartig alberne Finanzpolitik machen zu können.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dr. Volker Wissing

(A) Ludwig Erhard hat einmal gesagt: Wir brauchen Wohlstand für alle.

(Joachim Poß [SPD]: Die FDP ist genauso einfüchtig, nur von der anderen Seite!)

Das war die Leitlinie erfolgreicher Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie glauben, wenn man einigen eine Misere beschert, dann wäre dem Land insgesamt gedient.

(Joachim Poß [SPD]: Das ist ja eine pure Neiddebatte, Herr Wissing! Das ist aber flach!)

Es gibt niemanden in Deutschland, der nicht dafür kämpft, dass es Ärmeren besser geht. Aber wenn Sie glauben, es ist jemandem geholfen, wenn Sie Leistungsträger, die Erfolgreichen in diesem Land schwächen, dann sind Sie auf dem falschen Weg.

(Beifall bei der FDP – Joachim Poß [SPD]: Sie wollen die Reichen stärken! Das sind dann erfolgreiche Schwächlinge oder was?)

Es gibt eine Alternative zu Ihrer Neidpolitik. Die machen Sie immer, wenn Sie in der Opposition sind. Wenn Sie regieren, wollen Sie davon nichts mehr wissen:

(Joachim Poß [SPD]: Das ist so auch nicht richtig!)

Die Vermögensteuer sei nie angegangen worden und nie aufgegriffen worden.

(Nicolette Kressl [SPD]: Das Bewertungsgesetz gibt es noch nicht lange!)

(B) Kaum sind Sie in der Opposition, sagen Sie: Das wollen wir.

Dass es eine Alternative zu dieser Politik gibt, zeigt die christlich-liberale Koalition. Wir haben nämlich – im Gegensatz zu Ihnen – in dieser Legislaturperiode vor, etwas für die unteren und mittleren Einkommen zu tun.

(Joachim Poß [SPD]: Ach! Sie sind ja ein richtiger Witzbold! Was haben wir denn gemacht beim Eingangssteuersatz?)

Wir wollen die kalte Progression abmildern. Wir wollen steuerliche Entlastungen. Bereits jetzt haben die Deutschen ein höheres Nettoeinkommen. Während Sie eine Reichensteuer beschlossen und die kalte Progression beibehalten haben, kümmern wir uns jetzt um die Versäumnisse und arbeiten sie in dieser Legislaturperiode Schritt für Schritt ab.

(Beifall bei der FDP)

Sie waren es doch, die nicht davor zurückgeschreckt sind, die Pendlerpauschale auf verfassungswidrige Weise zu kürzen.

(Joachim Poß [SPD]: Sie sind doch nur für Stundenhotels zuständig!)

Dass die Menschen in den letzten Jahren immer weniger von ihrem Einkommen übrig hatten, war das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

(C) Dass die Nettoeinkommen in den nächsten Jahren steigen werden, werden die Früchte der christlich-liberalen Finanzpolitik sein.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, der Besserverdiener!)

Sie können das Mantra der Vermögensteuer ruhig weiterhin singen. Sie können in Ihrem Stadium kreativer Neidpolitik verharren. In der Zwischenzeit hat Deutschland eine Regierung, die dafür sorgt, dass die Menschen mehr netto vom Brutto haben,

(Lachen bei der SPD – Joachim Poß [SPD]: Was?)

dass Leistungsanreize in Deutschland gesetzt werden, dass die Wachstumskräfte unseres Landes entfesselt werden, dass die Erträge, die die Unternehmen in Deutschland erwirtschaften, steigen werden,

(Joachim Poß [SPD]: Die Rechnung werden wir ja bald sehen!)

dass das Steueraufkommen, das wir auf diese Erträge erheben, steigen wird – und das bei einer Entlastung der unteren und mittleren Einkommen. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Wir brauchen diese nicht ganz ernstzunehmenden Anträge nicht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

(D) Als letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt hat jetzt das Wort die Kollegin Lisa Paus von Bündnis 90/ Die Grünen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Steuerpolitik ist nicht der Umgang mit Zahlen, sondern Steuerpolitik ist Gesellschaftspolitik.“ –

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

So die Bundeskanzlerin in ihrer ersten Regierungserklärung nach der Wiederwahl.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Gute Frau, die Bundeskanzlerin!)

Ich möchte Ihnen ein paar Zahlen nennen. Ein Zehntel unserer Bevölkerung besitzt über 60 Prozent des Vermögens, während ein Viertel unserer Bevölkerung über nichts bzw. über weniger als nichts, nämlich über Schulden verfügt.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Ein Zehntel erwirtschaftet 70 Prozent der Einkommensteuer!)

Die OECD attestiert uns: Nirgendwo in der industrialisierten Welt haben sich in den letzten Jahren die Einkommensunterschiede schneller verschärft als in Deutschland.

(Zuruf von der FDP: Das haben wir nicht gemacht! Das haben die Grünen gemacht!)

Lisa Paus

- (A) Noch eine Zahl: Mehr als 75 Prozent der Deutschen sind nach einer GfK-Umfrage der Meinung, es gehe in diesem Land nicht gerecht zu.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Seit wann?)

Das sind nur Zahlen, aber sie machen deutlich: In dieser Republik läuft gesellschaftspolitisch etwas verdammt schief.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Und was ist die Antwort von CDU/CSU und FDP? Statt einer gerechten Steuer von Mövenpick et al. gekaufte Steuergesetze, statt Gesellschaftspolitik politische Landschaftspflege. Das ist nur als armselig zu bezeichnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Finanzkrise hat an der Vermögensverteilung in Deutschland nichts geändert; so das DIW. Die Reichen sind dank öffentlicher Rettungsschirme unverändert reich. Die Finanzkrise hat aber eine neue Zahl hervorgebracht: Die Staatsverschuldung war noch nie so hoch wie heute; 1 Billion Euro – das sind 1 000 Milliarden Euro – Schulden hat jetzt allein der Bund. Wenn wir unser Steuer- und Abgabensystem nicht ändern, wenn wir nicht damit aufhören, nur die Niedrigverdiener und die arbeitende Mittelschicht zu belasten und die Reichen nicht zu belasten, dann führt unser ungerechtes System dazu, dass die Schere zwischen Arm und Reich noch schneller auseinanderdriftet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Deswegen sagen wir: Außergewöhnliche Krisen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Deshalb ist die Idee, dass diejenigen, die an den entfesselten Finanzmärkten große Gewinne gemacht haben, auch in besonderem Maß die Kosten der Krise tragen sollen, richtig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Seid ihr jetzt dafür?)

Deshalb begrüßen wir es, dass der Antrag der Linken zur Wiedereinführung der Vermögensteuer das Thema auf die Tagesordnung bringt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Der vorliegende Antrag hat aus unserer Sicht aber wenig belastbare Substanz. Das können wir jedoch im Rahmen der parlamentarischen Beratungen weiter erörtern. Herr Dautzenberg, die Stoßrichtung „mehr Besteuerung von Vermögen“ ist richtig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Carsten Sieling [SPD])

Wir Grüne haben uns in der aktuellen Situation dafür ausgesprochen, eine zweckgebundene Vermögensabgabe, die als Beitrag zur Bewältigung der Krise die hohen Vermögen in einem vertretbaren Maß belastet, einzuführen. Im Übrigen wäre das nicht das erste Mal. In der Tat, nicht die FDP, auch nicht die SPD hat das schon einmal gemacht, aber die Regierung Adenauer hat mit dem Lastenausgleichsgesetz eine Vermögensabgabe eingeführt.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Ludwig Erhard!)

Das war Gesellschaftspolitik in Steuern gegossen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zahlen von damals sprechen eine deutliche Sprache: Ohne den Lastenausgleich hätte es das deutsche Wirtschaftswunder damals niemals gegeben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Eine Vermögensabgabe, wie wir sie uns vorstellen, schließt die Gerechtigkeitslücke, die wir in der Vermögensverteilung in Deutschland haben. Sie bürdet die Lasten der Krise denen auf, die sie tragen können. Deswegen ist die Erhebung einer Vermögensabgabe keine populistische Enteignung der sogenannten Leistungsträger unserer Gesellschaft, die deswegen angeblich scharenweise ins Ausland flüchten würden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Jetzt wird es aber immer hübscher hier!)

Es ist einfach so: Wer von unregulierten Finanzmärkten profitiert hat, der steht in besonderer Verantwortung, die Kosten ihres Zusammenbruchs zu schultern. Wie erklären Sie sich, dass es in diesem Land inzwischen Millionäre gibt, die öffentlich darum bitten, zur Verantwortung gezogen zu werden, weil sie wissen, dass sie Verantwortung übernehmen müssen und übernehmen können? Nehmen Sie das doch endlich einmal zur Kenntnis!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN – Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Das dürfen sie doch! Jeden Tag spenden!)

Da Sie immer noch von einer Neiddebatte sprechen, will ich dazu noch eines sagen: Milliardäre und Millionäre scheinen Ihnen von Schwarz-Gelb ähnliche Sorgen zu bereiten wie die Geldbeutel armer Hotelbarone. Aber das ist auch in diesem Fall überhaupt nicht nötig. Die vermögensbezogenen Steuern in Deutschland sind niedriger als in den USA, niedriger als in Luxemburg und niedriger als in der Schweiz. Auch das sollten Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen. Deswegen ist diese Vermögensabgabe keine Zumutung, sondern ein wichtiger Baustein, um mehr als ein paar Zahlen wieder ins Gleichgewicht zu bringen, zum Beispiel das Verhältnis zwischen öffentlichen Schulden und privater Vermögensverteilung.

Daher werden wir Grünen an diesem Thema weiterarbeiten und einen entsprechenden Antrag in dieses Haus einbringen.